

**Dr. Bernd Redecker**

**Dr. Torsten Fischer**

## **Konsensorientierter Dialog bei der Stilllegung der Atomanlagen des Helmholtz-Zentrums Geesthacht (ehemals GKSS)**

## Geschichte

---

1956 > GKSS: Gesellschaft zur Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt

1968 – 1979 > Nuklearfrachter NS Otto Hahn

1974 > Reaktorsicherheit

seit 1970 > Umwelttechnik mit Membranen, Meerestechnik, Unterwasserschweißen

1979 > Materialforschung („Röntgen“) mit Neutronen

2010 > Endgültige Abschaltung des Forschungsreaktors

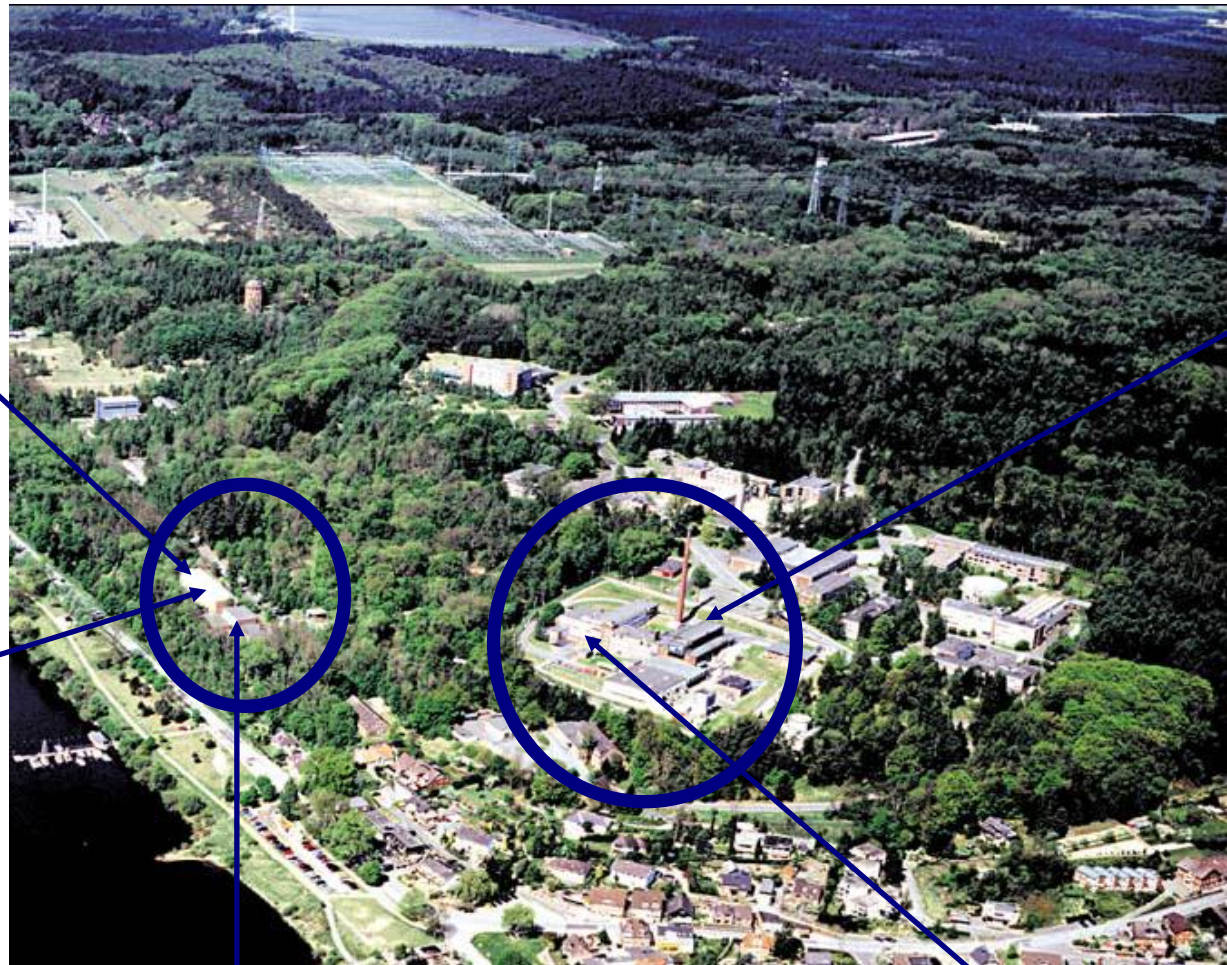
2010 > Helmholtz-Zentrum Geesthacht, Zentrum für Material- und Küstenforschung

Leichtbau, Membranen für den Umweltschutz, Biomaterialien für die Medizin,  
Klima- und Küstenforschung

# Überblick der Kerntechnischen Anlagen

**Halle für  
Komponenten-  
nachunter-  
suchung/  
Reaktordruck-  
Behälter OH  
§ 3 StrISchV**

**Bereitstellungs-  
halle  
§ 7 StrISchV**



**Forschungs-  
reaktoren  
FRG-1/2  
§ 7 AtG**

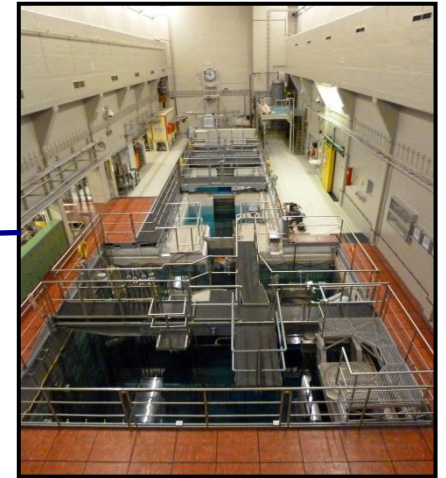
**Sammelstelle/  
Landessammelstelle  
§ 3 StrISchV**

**Heißes Labor  
§ 9 AtG**

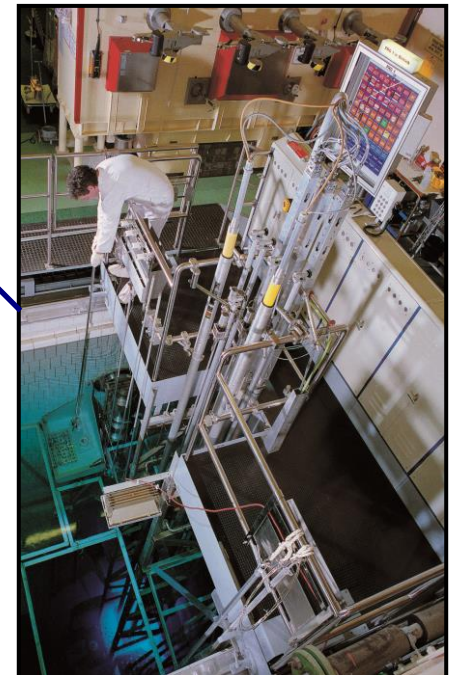


# Forschungsreaktor und Heißes Labor

Heißes Labor

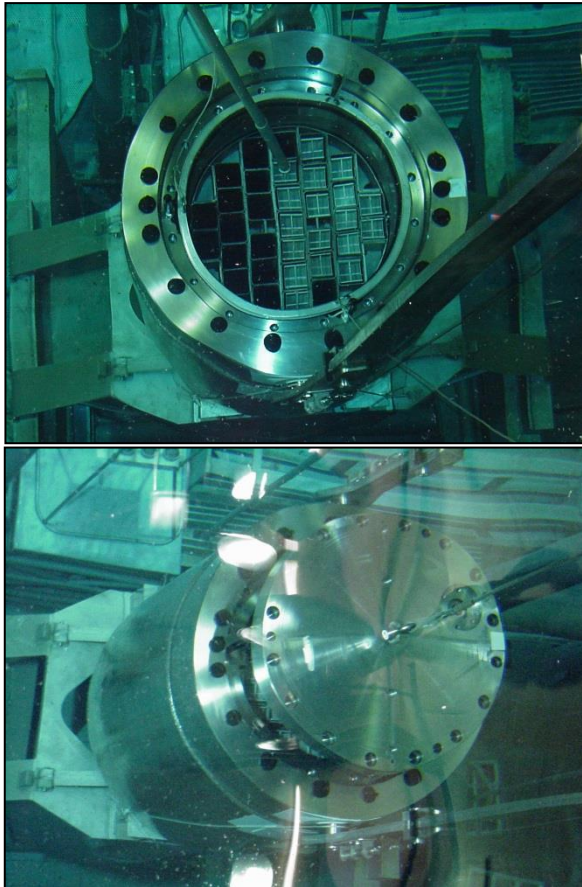


Versuchshalle



Forschungsreaktor FRG 1 / 2

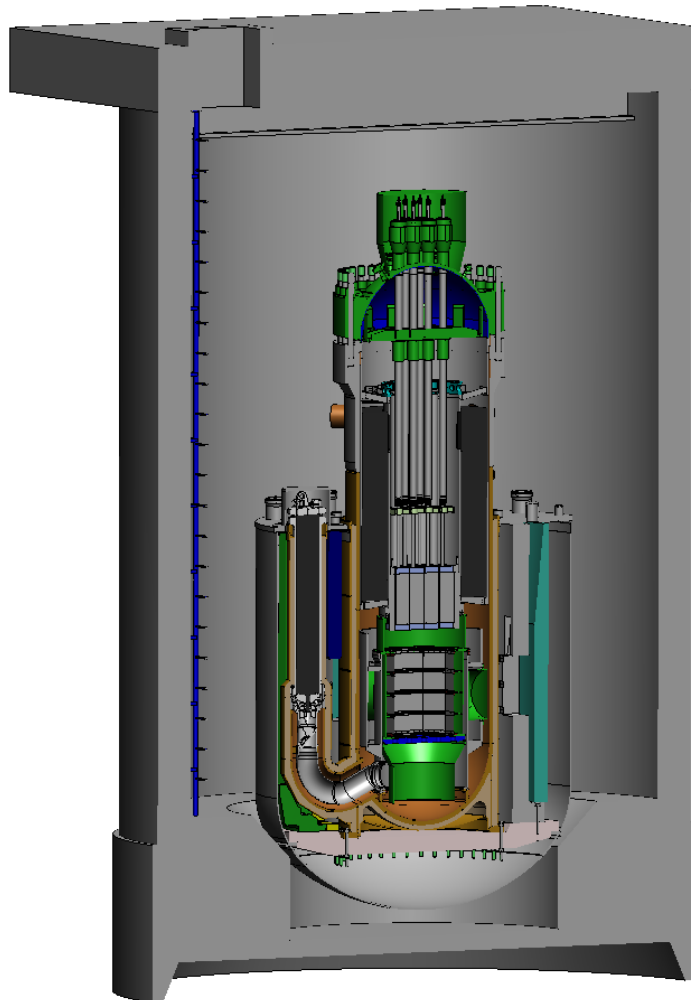
# Abtransport der letzten Brennelemente



Die letzten 25 Brennelemente wurden am 24. Juni 2012 zum Department of Energy /USA abtransportiert.  
**Damit sind alle kerntechnischen Anlagen von HZG frei von Brennelementen!**



## Reaktordruckbehälter der NS Otto-Hahn



Durchmesser:	2,5 m
Durchmesser mit Schildtank:	6,0 m
Länge:	11,5 m
Gesamtgewicht:	480 t



Straßentransport vom Hafen Geesthacht  
zum Forschungszentrum (1981)

Der Reaktordruckbehälter ist frei von Brennelementen

In Zusammenarbeit mit der Firma Höfer & Bechtel wurde eine Konzept- und Entwurfsplanung für die Zerlegung des Reaktordruckbehälters mit Schildtank des NS OTTO HAHN vor Ort erstellt.

## Motivation

---

Wir leben in Geesthacht und der Region.

Wir sind Nachbar und Arbeitgeber.

Wir betreiben eine komplexe Forschungsinfrastruktur.

Wir machen Wissenschaft transparent.

Wir verstehen Mediation als ein wichtiges Werkzeug des Verstehens.

Axel Drawe, Leiter des Strahlenschutzes, HZG

Dr. Torsten Fischer, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, HZG

Dr. Peter Schreiner, Leiter Forschungsreaktor HZG

Dr. Iris Ulrich, Leiterin Programmplanung und Controlling, HZG

## Voraussetzungen und Ziele

---

Unter dem Begriff Bürgerbeteiligung versteht das HZG deutlich mehr als eine eingleisige Informationsveranstaltung:

Gemeinsam mit der Bevölkerung möchte das HZG frühzeitig den Informationsbedarf, die Sorgen der umliegenden Anwohner und mögliche Konflikte auf dem Weg von der Stilllegung der kerntechnischen Anlagen bis zum Abbau identifizieren und im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und Gestaltungsmöglichkeiten einen einvernehmlichen Umgang mit diesen Belangen erzielen.“





## **Silke Christina Freitag**

Sozialpädagogin, Psychologin, Mediatorin <sup>BM</sup>  
und Ausbilderin für Mediation <sup>BM</sup>

Universität Hamburg, Institut für Konfliktaustragung und Mediation

Auftraggeber:

- Umweltorganisationen und globalisierungskritische Netzwerke
- Kindergärten, Schulen, alternative Wohnprojekte, Wirtschaftsunternehmen, Stiftungen

Engagiert für einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie  
sowie einen achtsamen Umgang mit dem entstandenen Atommüll

Michael Berendt (**Umweltbeirat** der Stadt Geesthacht)  
Katrín Uden-Brunn (**Umweltbeirat** der Stadt Geesthacht)  
Bettina Boll (**BUND**, Geesthachter Ratsmitglied, **Bündnis 90 - Die Grünen**)  
Tamara Capintei-ro (**Elterninitiative Geesthacht**)  
Anja Koops (**Elterninitiative Geesthacht**)  
Jörg Kunert (**Geesthachter Bürger**, Vereinsvorsitzender VFL Geesthacht)  
Marion Lewandowski (**AKW Nee, Bergedorf**)  
Bernd Redecker (**Lüneburger Aktionsbündnis gegen Atom**)  
Karl-Hermann Rosell (Geesthachter Ratsmitglied, **CDU**)  
Jens Schumann (**SPD, Geesthachter Bürger**)  
Dirk Seifert (**Robin Wood**)  
Horst Teichmann (**Bürgerinitiative Geesthacht**)

**Geesthachter BürgerInnen**

**KommunalpolitikerInnen**

**Lokale und überregionale Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbände**

---

- Wahl der Moderatorin und Formulierung ihrer Aufgaben (Mitbestimmung nicht nur Informationsveranstaltungen)
  - Verschiebung des Stilllegungsantrags
  - externen Begutachtung des Stilllegungsantrages durch den von der BG vorgeschlagenen Gutachter
  - Erweiterung auf die historische Betrachtung und das Thema Leukämie (Keine Tabus in der Themenwahl)
-



## Selbstverständnis Begleitgruppe „Stilllegung Atomanlagen des HZG (ehem. GKSS)“

Das HZG als Betreiber der Atomforschungsreaktoren der ehemaligen GKSS hat angeboten, die Stilllegung in einen transparenten Dialogprozess mit der Öffentlichkeit zu betreiben und dabei „eilvernehmliche Lösungen“ (Zitat aus Selbstverständnis HZG) zu erreichen. Im Rahmen einer sechs Monate andauernden Diskussion haben wir als Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen eine Begleitgruppe gebildet, die diesen Dialog mit dem HZG führen wird.

Ein Dialog, wie ihn die HZG vorgeschlagen hat, findet vor dem Hintergrund statt, dass die Nutzung der Atomenergie und die mit ihr verbundenen Risiken wie kaum ein anderes Thema in der Bundesrepublik zu einer tiefen gesellschaftlichen Spaltung geführt hat. Im Rahmen eines Dialogs mit der HZG mit dem Ziel „gemeinsame Lösungen“ zu finden, bietet sich eine Chance, einen Beitrag zur Überwindung dieser Spaltung zu leisten.

### Dialog im Konflikt Atomenergie?

Der Atomusstieg ist nach der Katastrophe von Fukushima in Deutschland beschlossen. Die Entsorgung des Atomabfalls ist immer noch ungelöst. Das gilt auch für die hochradioaktiven Brennelemente aus den Atomforschungsreaktoren der ehemaligen GKSS, die inzwischen in den USA gelagert werden. Einen gesellschaftlichen Konsens für den Umgang mit den radioaktiven Abfällen gibt es immer noch nicht. Für viele Menschen steht die Atomenergie auch dafür, dass Sicherheit, Gesundheit und Umweltschutz zugunsten wirtschaftlicher und politischer Interessen hinten angestellt wurden. In diesem Sinn ist der Konflikt um die Atomenergie auch immer eine Frage von Demokratie und Macht. Am Standort Geesthacht kommen besondere Probleme, wie die bis heute nicht geklärte Ursache von zahlreichen Leukämieerkrankungen bei Kindern und Jugendlichen, hinzu. Die Begleitgruppe macht sich zur Aufgabe, in diesem Rahmen auch die mögliche Verursachung der Leukämieerkrankungen im Zusammenhang mit der GKSS nachvollziehbar zu untersuchen.

### Dialog braucht Mitbestimmung!

Vor diesem Hintergrund ist die „Selbstverpflichtung“ des HZG, nicht nur Transparenz, Information und Beteiligung anzustreben, sondern „eilvernehmliche Lösungen“. Die Begleitgruppe sieht darin Mitbestimmung im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten. Dies ist für sie Grundlage, um als Begleitgruppe auf der Basis des beschlossenen Atomusstiegs in einen Dialog zu treten. Auf dieser Basis verfolgt die Begleitgruppe im Bewusstsein unterschiedlicher Haltungen zur Atomenergie und der mit ihr zusammenhängenden Probleme gemeinsam das Ziel, die Stilllegung der Atomanlagen der ehemaligen GKSS so sicher wie möglich zu gestalten und in diesem Sinn gemeinsame Wege für den Umgang mit den radioaktiven Hinterlassenschaften zu finden.

Dabei ist sich die Begleitgruppe bewusst: Der Dialogprozess ist ein freiwilliges Angebot des HZG. Für den es keine rechtlichen Rahmenbedingungen gibt. Ebenso wenig besteht ein Rechtsrahmen, der die Begleitgruppe legitimiert, weder gegenüber der Öffentlichkeit noch gegenüber dem HZG. Die Begleitgruppe hat ohne rechtliche Rahmenbedingungen und ohne finanzielle Ressourcen keine gleichberechtigte Stellung im Verfahren. Ihre Mitbestimmungsrechte im Verfahren basieren ausschließlich auf der „Selbstverpflichtung“ des HZG.

### Begleitgruppe und Öffentlichkeit

Die Begleitgruppe arbeitet weitgehend ehrenamtlich und ist hinsichtlich ihrer Zusammensetzung und politischen, sozialen und sonstiger Hintergründe heterogen. Sie strebt an, Vorgehensweise, Äußerungen und Entscheidungen im Konsens abzustimmen. Die Begleitgruppe versteht sich als Diskussionspartner gegenüber dem HZG und als Vertreterin der Öffentlichkeit. Sie wirkt im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hin, dass es weitgehende Transparenz, Information, Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit gibt. Die Maßnahmen zur Stilllegung der Forschungsreaktoren in Geesthacht werden auf einer konkreten, anlagenbezogenen Prüfung, Diskussion und Entscheidung erfolgen. Sie sind daher nicht pauschal auf andere Anlagen übertragbar. Dies gilt sowohl für die grundsätzliche Frage, ob ein Rückbau oder der Einschluss sinnvoller ist, als auch für einzelne Entscheidungen bei der jeweiligen Umsetzung der Stilllegung.

### Lokales Handeln braucht gesellschaftlichen Konsens

Die Begleitgruppe ist sich bewusst, dass sie in dem Dialog mit dem HZG über die Stilllegung der Atomanlagen und den Umgang des dabei anfallenden Atomabfalls eine hohe gesellschaftliche Verantwortung übernimmt. Nicht nur mit Blick auf die Region rund um Geesthacht, sondern auch für den verantwortungsvollen Umgang mit den Folgen der Atomenergie insgesamt. Insofern begreift sich die Begleitgruppe auch als Teil der gesellschaftlichen Debatte über einen verantwortungsvollen und eilvernehmlichen Umgang mit den Folgen der Atomenergie. Denn die Frage, wo und wie der beim Rückbau der Atomanlagen der ehemaligen GKSS anfallenden radioaktiven Abfälle dauerhaft sicher gelagert werden kann, kann nicht allein in Geesthacht beantwortet werden. Dazu braucht es einen gesellschaftlichen Konsens! Auf Basis des Atomusstiegs sind auch die politisch Verantwortlichen auf Länder- und Bundesebene aufgefordert, eine umfassende und auf Konsens zielende Debatte zu ermöglichen und zu unterstützen. Die Atomforschungsreaktoren der ehemaligen GKSS sind eine staatliche Einrichtung des Bundes und der Länder Hamburg, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Niedersachsen. Die atomrechtliche Aufsicht liegt beim Land Schleswig-Holstein. Insbesondere erwarten wir von den Verantwortlichen in Bund und Ländern Unterstützung durch die Bereitstellung von Ressourcen, um das gesellschaftliche Engagement in einem solchen Dialogprozess sicher zu stellen und zu unterstützen.

- Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen im Bewusstsein unterschiedlicher Haltungen zur Atomenergie und der mit ihr zusammenhängenden Probleme.
- Gemeinsames Ziel: die Stilllegung der Atomanlagen der ehemaligen GKSS so sicher wie möglich zu gestalten und in diesem Sinn gemeinsame Wege für den Umgang mit den radioaktiven Hinterlassenschaften zu finden.
- Konkrete, anlagenbezogene Prüfung aber auch als Teil der gesellschaftlichen Debatte über einen verantwortungsvollen und eilvernehmlichen Umgang mit den Folgen der Atomenergie.
- **Dialog braucht Mitbestimmung!** Das Angebot von „eilvernehmliche Lösungen“ sehen wir als weitgehende Mitbestimmung im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten.
- Wir verstehen uns als Diskussionspartner gegenüber dem HZG und als Vertreterin der Öffentlichkeit. Ziel ist weitgehende Transparenz, Informations- und Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit.

- > Klärung der generellen Dialogbereitschaft, konsequente doppelte Richtung der Auftragsklärung von Anbeginn
- > Wahrnehmung der Moderation als allparteilich, Zustimmung beider Seiten zur Person
- > heterogene Zusammensetzung von Dialoggruppen, in denen die vielfältigen, teils gegensätzlichen Interessen, Bedürfnisse und Werte der Betroffenen repräsentiert sind
- > ausreichend Zeit für Diskurse einplanen  
und ggf. geplante Zeitabläufe gemeinsam verändern
- > zeitnahe gemeinsam errungene Konsense, bei denen die „Machthabenden“ von ihrer ursprünglichen Position abrücken und sichtbar Nachteile in Kauf nehmen
- > geschützter Rahmen durch den Ausschluss der Medien

- > gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit
- > moderierte Treffen der Begleitgruppe
- > einvernehmliches Hinzuziehen von ExpertInnen
- > Transparenz der Bewertungsgrundlagen: Vorträge, Gutachten etc.  
zum Download zur Verfügung stellen
- > klare schriftlich fixierte Vereinbarungen über die  
Zusammenarbeit
- > Vereinbarung über Entscheidungsfindung im Konsens
- > Bewusstsein aller Beteiligten über den Handlungsspielraum mit seinen  
Beschränkungen durch Gesetzgebung oder andere Rahmenbedingungen



## **Es gibt keinen rechtlichen Rahmen und keine finanziellen Unabhängigkeit der Begleitgruppe.**

Der Dialog basiert auf „Goodwill“ der HZG und kann von dieser Seite sofort abgebrochen werden.

Es gibt im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren keinen Anspruch auf eine Beteiligung und keine Klärung in der Rolle z.B. gegenüber der Aufsichtsbehörde. Auch in der finanziell Ausstattung besteht nicht einmal im Ansatz „Augenhöhe“. Z.B. gibt es keinen freien Etat für die Bestellung von Gutachtern.

**Hier sehen wir Handlungsbedarf der Bundes- und Landesregierungen.**